

4718 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Bundesrates

B e r i c h t
des Außenpolitischen Ausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 20. Jänner 1994 betreffend
Übereinkommen zur Gründung des Internationalen Entwicklungsrechts-
instituts

Das Internationale Entwicklungsrechtsinstitut wurde 1983 als
nichtstaatliche internationale Organisation nach niederländischem Recht
gegründet, um Personen aus Entwicklungsländern juristisch auszubilden und
damit der bedeutenden Rolle des Rechts im Entwicklungsprozeß Rechnung zu
tragen.

Angeichts der großen internationalen Zustimmung und der auf dem
Gebiet der Finanzierung erreichten Stabilität sowie zur Verbesserung der
Arbeitsbedingungen wurde im Jahre 1987 die Umwandlung des IDLI in eine
zwischenstaatliche Organisation ins Auge gefaßt. Das diesbezügliche
Übereinkommen zur Gründung des Internationalen Entwicklungsrechts-
instituts ist im April 1989 in Kraft getreten.

Das DAC der OECD hat das IDLI mittlerweile als zwischenstaatliche
Entwicklungshilfeorganisation anerkannt, freiwillige Beiträge an das
Institut werden daher nunmehr als multilaterale Entwicklungshilfe
gewertet.

Die Aufgabe des Internationalen Entwicklungsrechtsinstituts besteht
in der juristischen Ausbildung von Personen aus Entwicklungsländern,
wobei das Schwergewicht in der Verbesserung des Einsatzes von
Rechtsressourcen im Entwicklungsprozeß sowie der Einhaltung der
Rechtsnorm in internationalen Transaktionen und die Verbesserung des
Verhandlungsgeschicks der Entwicklungsländer auf den Gebieten der
Entwicklungszusammenarbeit, der Auslandsinvestition, des internationalen
Handels und anderer internationaler Geschäftstransaktionen liegt.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des
vorliegenden Übereinkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen
im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in
die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am
25. Jänner 1994 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, keinen Einspruch zu
erheben.

Wien, 1994 01 25

Agnes SCHIERHUBER
Berichterstatteerin

Dr.h.c. Manfred MAUTNER MARKHOF
Vorsitzender